

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Bellagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 7. Oktober 1931 Nummer 163

Neue Notverordnungs-Ketten!

Dresden, 6. Oktober.
Die diktatorische Notverordnung ist gestern Abend von Hindenburg unterzeichnet worden. Sie liegt noch nicht im Wortlaut vor. Ungeheuerliches wird diktiert. Außer den von uns gemeldeten Maßnahmen (ein Drittel der Arbeitslosenunterstützung in Sachwerten Einführung der Sondergerichte und Schusshaft, Verschärfte Verbote der kommunistischen Presse, Entziehung von „Sammelstätten haarsgefährlicher Betätigung“ um das Eigentum der revolutionären Arbeiterklasse rauben zu können) wird folgendes über den Inhalt bekannt.

Die Strafbestimmungen wegen Verbreitung illegaler Schriften
werden erhöht, es können Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr verhängt werden. Ebenso wird die Unterlassung der Anzeige illegaler Druckschriften mit Gefängnisstrafe bestraft.

Um Ersparnisse zu erzielen, werden die Bestimmungen über die Bewilligung des Armenrechtes weitgehend geändert. Die Gerichtsvollziehergebühren werden erhöht.

Die Filmzensur
wird verschärft. Filme können nach Ermessen verboten werden.

Die Angestellten und unteren Beamten
werden von neuem Gehaltsabbau bedroht. Die Länder und Gemeinden erhalten die Vollmacht, die Dienstbezüge der Angestellten und Beamten, denen der Reichsbeamten anzuweisen. Auch für die Beamten und Angestellten der Körperschaften und Gesellschaften des öffentlichen Rechts erstreckt sich die Ermächtigung zur Gehaltskürzung.

Die Hauszinssteuer
soll um 20 bis 25 Prozent abgebaut werden, die Länder ermächtigt, aus dem für Wohnungsbauzwecke reservierten Teil des Hauszinssteuereinkommens weitere Summen für allgemeine Verwaltungszwecke (Polizei usw.) zu verwenden. Das bedeutet die weitestgehende Einschränkung der öffentlichen Unterstützung der Neubautätigkeit. Für bestehende Neubauten wird die vollständige Sperre angeordnet.

An Unternehmer Subventionen
bringt die Notverordnung allein drei Millionen Subventionen für die Ransfeld A.G. Außerdem werden 30 weitere Millionen als Garantie für Industrief Kredite bereitgestellt.

Ein Reichskommissar für Ansiedlung von Arbeitslosen
wird ernannt, um die Ansiedlung von Arbeitslosen auf kleinen Stüchden Land in die Wege zu leiten.

Durch die Notverordnung wird die Regierung auch ermächtigt, eine 300-Millionen-Anleihe aufzulegen.

Die Tabaksteuer
wird in der Weise geändert, daß sie eine Erhöhung der Einnahmen bringt.

Das sind die wichtigsten bisher bekannten Einzelheiten aus der neuen Notverordnung. Sie bringen Abbau für

die Arbeitslosen, neue Geschenke für Kapitalisten, für die Hausbesitzer und Androhung verschärfter Kerkerstrafen.

Sondergerichte, Verschärfung der Strafbestimmungen gegen proletarische Kämpfer, Verbot der proletarischen Presse, Maßnahmen, die die Aufhebung der elementaren Rechte des Volkes, der letzten Reste der politischen Freiheit bedeuten, werden verordnet von einer Regierung, die diktatorisch regiert, die bei Neuwahlen keine Stimme des werktätigen Volkes erhalten würde. Sie werden verordnet acht Tage vor Eröffnung des Reichstages des „Journaldien“ Parlamentes, dessen Tagung zur Ausnahme und lächerlichen Farce und dessen Ausschaltung zur Regel der Brüningdiktatur geworden ist.

Diese Notverordnung wird nur von den Großkapitalisten mit Beifall begrüßt, die sie als eine Etappe begreifen und die noch schärfere Maßnahmen, noch brutaleren Abbau aller Löhne und Gehälter, noch schärfere Bekämpfung der Lebenshaltung der Werktätigen fordern.

Die Brüningregierung, die diese Notverordnung erläßt, wurde in den Sattel gehoben und Schritt für Schritt unterstützt

von den SPD-Führern. Die SPD-Führerschaft trägt die volle Verantwortung für alle Notverordnungen, für all die ungeheuerlichen Maßnahmen.

Ebenso unterstützen die Nazi-Führer die Notverordnungs-politik. Sie waren noch nie gegen die Brüningregierung, weil diese Regierung eine Notverordnung nach der anderen erläßt, sondern den Nazi-Führern waren die Notverordnungen nie schmerzhaft genug, für sie waren die politischen Maßnahmen nicht weitgehend und der Lohn- und Gehaltsabbau nicht groß genug.

Das werktätige Volk wird sich aber durch nichts abhalten lassen, den Kampf gegen Lohnabbau, gegen den immer unerträglicher werdenden Druck zu kämpfen. Schon kämpfen die Arbeiter an allen Ecken und Enden gegen den Lohnabbau, immer stärker wird der Massenprotest gegen die Unterdrückung der proletarischen Presse, gegen die Einschränkung von Klassenkämpfen.

Entschlossen vorwärts auf diesem Wege! Schließt die kämpfende Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei.

Näher an Hugenberg ran

Umbau der Brüning-Diktatur

Curtius bereits zurückgetreten / Brüning voraussichtlich wieder Reichkanzler
Schließt die rote Einheitsfront zum Kampfe!

Berlin, 6. Oktober. (Fig. Bericht.)
Die „Germania“ berichtet heute an auffälliger Stelle, daß das Reichskabinett in seiner heutigen Zusammenkunft nicht mehr vor den Reichstag treten wird und daß noch im Laufe dieser Woche eine Umbildung der Brüning-Regierung stattfindet.

Der Außenminister Curtius hat sein Rücktrittsgesuch bereits eingereicht. Die heutige Berliner Abendpresse berichtet, daß im Laufe des Mittwoch die Brüning-Regierung zurücktreten und daß Brüning von Hindenburg mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden wird. Aus der Regierung sollen ausscheiden: Curtius, Wirth (Innenminister), Götter (Verkehr). Außerdem sollen die bisher nicht belehnten Ressorts Wirtschaft und Justiz durch neue Minister besetzt werden, so daß also im ganzen fünf neue Ministerposten zu vergeben sind.

Nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse soll die Umbildung der Brüning-Regierung ein Entgegenkommen an Hugenberg und Hitler sein, wobei aber Brüning gleichzeitig sich die weitere Unterstützung der Sozialdemokratie sichern will. Ob Brüning imstande ist, diesen Plan in die Tat umzusetzen, hängt weniger von ihm, als von den anderen Regierungsparteien, Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei, ab. Die Völkzeitung fordert eine ausgeglichene Reichsregierung mit Hugenberg und Hitler. Der Vorwärts und die Dresd-

ner Volkszeitung, die den sozialdemokratischen Arbeitern immer bisher versichert haben, daß die „Brüning-Regierung die letzte sichere Stütze der Demokratie und der Weimarer Verfassung sei“, haben angesichts der neuen Entwicklung geradezu eine Kagenjammerstimme. Heute sehen auch die sozialdemokratischen Arbeiter, daß die Brüning-Regierung nichts weiter ist als der Wegbereiter der offenen faschistischen Diktatur, die, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung vor einigen Tagen schrieb, es der nachfolgenden Regierung ermöglichen wird, sich mit der Berufung auf die Brüning-Regierung und ihre Diktaturmaßnahmen zu halten. Die SPD-Führer stehen vor der entscheidenden Frage, auch die neue Brüning-Regierung und deren Notverordnungs-politik zu unterstützen. Darum jammert der Vorwärts.

„Es wird, wie es scheint, der Sozialdemokratie zugemutet, weiter die Politik des kleineren Übels zu treiben und zwar auch dann, wenn das „kleinere Übel“ noch größer wird, als es bisher war.“

Die Bourgeoisie weiß, welchen treuen Lafai sie an der Sozialdemokratischen Partei hat. Um den Preis einiger Posten im Staatsapparat und um den Preis einiger Ministerposten in der Brüning-Regierung wird die SPD auch die zweite Brüning-Regierung, die nur eine Übergangsregierung von kurzer Dauer sein kann und die einer Regierung der offenen faschistischen Diktatur sehr bald Platz machen wird, mit aller Kraft unterstützen.

Jetzt stehen die sozialdemokratischen Arbeiter vor neuem vor der entscheidenden Frage: Mit ihren Führern den faschistischen Brüningkurs zu unterstützen oder gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und mit den revolutionären Arbeitern den Kampf gegen diese Politik aufzunehmen. Jetzt muß angesichts der drohenden Entwicklung der letzten Tage die Einheitsfront des Proletariats auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes und unter der Führung der Kommunistischen Partei hergestellt werden. Sozialdemokratische Arbeiter, reißt euch ein in die rote Einheitsfront!

Hitlers Anie'all vor dem Young'stem

Nazis erkennen alle Notverordnungen an

Das „Hakenkreuzbanner“, die nationalsozialistische Zeitung Nordwestschlens, wurde am 1. Oktober vom Badischen Innenministerium auf 5 Tage verboten. Das Verbot wurde plötzlich aufgehoben und heute erschien das „Hakenkreuzbanner“ wieder mit einer Erklärung, die von außerordentlicher Bedeutung ist und die wieder einmal zeigt, wie es mit dem großmühtigen Betrugskampfe Hitlers gegen das Young'stem in Wirklichkeit aussieht. Die Erklärung enthält folgenden Satz, der jeden weiteren Kommentar überflüssig macht:

„Da wir grundsätzlich gegen Gesetze und Verordnungen des Staates nicht verfahren wollen, bedauern wir die Veröffentlichung des Hakenkreuz.“

Es handelt sich um einen Aufruf, in dem die Schüler aufgefordert werden, sich zur Wehr zu setzen gegen Abbaummaßnahmen in den Schulen.

Grandiose Einheitskundgebung: Zorhorst-Versammlungen in Dresden

Abrechnung mit Wels, Seydewitz und Wagner / Zahlreiche Uebertritte von SPD-Arbeitern in die KPD / Triumph der roten Einheitsfront!

Dresden, den 7. Oktober.
Die Annenäle waren bereits um 19.30 Uhr überfüllt und wurden vollständig geschlossen. Trotz dem Verbot in der Dresdner Volkszeitung waren Hunderte sozialdemokratischer Arbeiter und Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend erschienen. Von draußendem Beifall begrüßt sprach die Genossin Zorhorst über ihren Weg von Wels zu Thälmann. Mit überzeugender Sachlichkeit wies sie nach, daß die sozialdemokratischen Führer sich völlig vom Marxismus losgesagt haben und Brüning führen gegen das werktätige Volk. Die neue Spalterpartei vor Seydewitz und Kosenfeld schwebt im Luftstern Raum. Nur die Kommunistische Partei geht den Weg des revolutionären Marxismus und führt das Proletariat zum Sozialismus. (Stürmischer Beifall)

Nach der Genossin Zorhorst rechnete der Genosse Jakob, Leipzig, mit der arbeiterfeindlichen Politik der Sozialdemokratie ab und zeigte die beginnende Krise und Spaltung der SPD. Er kennzeichnete dann die Rolle der neuen zentralistischen sogenannten „Sozialistischen Arbeiterpartei“ als neue Barriere um den Klassenkampf sozialdemokratischer Arbeiter zum Kommunismus zu verhindern. Genosse Jakobs schloß unter stürmischen Beifall der Versammlung:

„Die Kommunistische Partei reißt auch, SPD-Arbeitern die Bruderhand zum Kampfe für ein freies sozialistisches Deutschland, schlägt ein!

Nach der Diskussion und dem Schlußwort wurden 12 Neuaufnahmen für die KPD gemacht, darunter 5 SPD- und SAJ-Genossen.

Die Parallelsammlung im Schusterhaus in Cotta war ebenfalls überfüllt. In der Mehrheit waren SPD- und SAJ-Arbeiter erschienen. Der Genosse Jeller zeigte die Bilanz der Politik der Sozialdemokratie von 1918 bis heute. Die Wels und Freilichheit haben die SPD-Arbeiter nicht mit der Demo-

(Fortsetzung auf Seite 2)